



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920**

83 (19.2.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-190078](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-190078)



den unter den Umständen Clemenceau. Man vertritt die erste Enthüllung Lanings über die A. i. wie die Friedensverhandlungen in Paris geführt wurden und besonders über die Weise, wie die Zustimmung Wilsons in Fragen erreicht wurde, welche keinen Programmpunkten widersprechen. Laning war einer jener Friedensbelegierten, welche stets auf eine Verletzung der Friedenskonferenz nach einem anderen Orte hindrängten. Wilson war auch eine Zeilung für die Verlegung der Konferenz nach Washington und sich aus diesem Grunde den Dampfer "Washington" stets in West in Bereitschaft halten. Die erungestimmte wurde, wird man vielleicht jetzt durch Laning erfahren. Daß die Mehrzahl der Delegierten gegen ein weiteres Verbleiben in Paris waren, zeigen die gegenwärtigen Verhandlungen, wo englische und französische Delegierte eine ganz andere Meinungsbildung genießen, als unter der Diktaturgewalt von Clemenceau.

**Die Erhebung im Orient.**

Haag, 18. Februar. (W. B.) Nieuwe Courant zufolge sind in London Meldungen eingetroffen, wonach die türkischen Streitkräfte Mustafa Kemal in der Gegend von Zeitum in Armenien angegriffen haben und jetzt gegen Bagdad vordringen. Unter der Bevölkerung herrscht große Verunsicherung. Bisher seien 7000 Tote und Verwundete zu verzeichnen.

**Die Lage im Osten.**

Kopenhagen, 18. Februar. (W. B.) Der russische Sowjetvertreter Litwinoff gibt in der hiesigen Presse bekannt, daß die Verhandlungen mit den russischen Kooperations-Gesellschaften glatt verlaufen. Die Verhandlungen betreffen namentlich die Lieferung von Eisenbahnmateriale und landwirtschaftlichen Maschinen. Rußland wird als Bezahler Gold ausführen. Die in Kopenhagen anwesenden Vertreter der oben genannten Gesellschaften und ihre Vertreter in London u. Paris würden den Kauf der genannten Waren sofort in die Wege leiten.

**Die Reichsschulkonferenz.**

Mit den Vorbereitungen für die Reichsschulkonferenz ist feinerzeit vom Reichsschulsausschuss ein engerer Ausschuss beauftragt worden, der aus Mitgliedern des Reichsministeriums des Innern und des Preussischen Kultusministeriums besteht. Die dem Ausschuss lag vor allen Dingen die schwierige Aufgabe ob, die Teilnehmer an der Reichsschulkonferenz zu bestimmen und zu diesem Zweck eine Auslese aus den zahlreich eingelassenen Meldungen zu treffen. Da auch nach Ablauf der bis 31. Dezember 1919 ausgedehnten Anmeldefrist noch begründete Bewerbungen eingingen, konnten die abschließenden Beratungen erst in diesen Tagen stattfinden. Den Vereinen und den Körperschaften, denen Sitze auf der Reichsschulkonferenz eingeräumt wurden, wird demnächst eine Mitteilung über die Zahl der ihnen zur Verfügung gestellten Plätze zugehen. Es steht ihnen frei, selber die von ihnen zu entsendenden Persönlichkeiten zu benennen. Außerdem wird das Reich von sich aus noch eine Anzahl von Einzelpersonen zur Reichsschulkonferenz einberufen. Insgesamt wird sich die Teilnehmerzahl auf ungefähr 450 belaufen.

Die Verhandlungen beginnen am Mittwoch, den 7. April und dauern bis zum Samstag, 17. April. Für diese Zeit hat der Präsident der Nationalversammlung in dankenswerter Weise die Räume des Reichstages zur Verfügung gestellt.

An den ersten vier Tagen finden Volltagungen statt, in denen die drei umfassensten Gegenstände der Tagesordnung zur Erörterung gelangen (Einheitschule, Arbeitsschule, Lehrerbildungsfragen). Die folgenden Tage werden für Ausschussberatungen zur Verfügung gestellt und zwar sowohl zur weiteren Besprechung der in den Volltagungen verhandelten Gegenstände, als auch zur Beratung der übrigen Gegenstände der Tagesordnung (Schüler, Eltern, technische Vereinfachung des Unterrichtswesens, Schulverwaltung, Privatschulwesen). Die letzten drei Tage sind wieder für Volltagungen bestimmt, in denen die Berichte aus den Ausschüssen entgegengenommen werden sollen.

Zur Erledigung der zahlreichen sonstigen Aufgaben und der sonstigen Pflichten, die mit einer derartigen Tagung verbunden sind, ist vom Reichsministerium des Innern die Gründung eines Ortsausschusses in die Wege geleitet worden, in dem die wichtigsten und größten der in Betracht kommenden Organisationen vertreten sind.

**Deutsches Reich.**

**Die Frage des Tabaksteuergesetzes.**

Berlin, 18. Februar. (Von unserem Berliner Büro.) Die Dresdener Zigarettenindustrie, bedroht von der Erdoberflutung durch das neue Tabaksteuergesetz, hat gestern sämtlichen Arbeitern und Angestellten zum 31. März getündigt. Es werden dadurch viele Tausende getroffen. Die Preise sind durch die schlechte Saluta derart gestiegen, daß das Kilo Zigaretten tabak, das im Sommer 20-40 M kostete, jetzt 100-200 M kostet. Dabei ist es unmöglich, eine Zigarette zum Verkaufspreis von 40 Pfg. herzustellen und davon 20 Pfg. als Steuer abzuführen. Eine Zigarette, die im August 1919 70 Pfg. kostete, müßte jetzt einschließlich Steuer zu 4 M verkauft werden. Das sind unhaltbare Preise und Zustände. Man hat daher beim Reichsfinanzministerium eine 70prozentige Ermäßigung der Steuer beantragt. Tatsächlich hat sich das Reichsfinanzministerium bereit erklärt zu verhandeln, will aber nur 20 bis 40 Proz. sich abhandeln lassen. Das beweist doch schlagend, mit welcher ungeheuren Bekümmertheit, wenn nicht schon Frivolität, heute in Deutschland Steuern erfunden und beschlossen werden.

**Die Verlängerung der Arbeitszeit im Bergbau.**

Berlin, 18. Febr. (Von unserem Berliner Büro.) Reichsfinanzminister Bauer ist aus dem Ruhegebiet zurückgekehrt und hat bereits an der gestrigen Sitzung des Kabinetts teilgenommen. In ihr wurde auch von dem bereits von uns erwähnten Plan einer Verlängerung der Arbeitszeit im Bergbau gesprochen. Bauer erstattete Bericht über seine Verhandlungen mit den Kohlenbergarbeitern. Die Verhandlungen werden noch fortgesetzt werden.

**Die Uebertragung der Eisenbahnen auf das Reich.**

Berlin, 18. Febr. (Von unserem Berliner Büro.) Heber die erste Sitzung des Sachverständigenrates zur Uebertragung der Eisenbahnen auf das Reich, über die wir bereits kurz berichteten, weiß die "Germania" noch folgendes zu erzählen: Der preussische Eisenbahnminister führte aus: Von allen Ländern wird eine frühzeitige Verwirklichung gewünscht. Am meisten ist das bei den Bahnen in Süddeutschland der Fall. Nur Bayern und Preußen üben Zurückhaltung. Bayern hohe aber schließlich aus finanziellen Gründen schon seine Ansicht geändert. Daher habe man den Termin der Uebertragung auf den 1. April 1920 festgelegt, da Bayern in nächster Zeit

eine Menge neuer Beamtenstellen zu besetzen hätte. Die oberste Aufsicht erhält das Reich. Die deutsche Nationalversammlung ist vorläufig die zuständige Instanz. Späterhin werden alle Verkehrsfragen im Reichstag erledigt. Vom 1. April ab gibt es nur noch Reichseisenbahnbeamte und Reichseisenbahnbedienden. Außerdem ist aber für jedes Land ein Landesbahnbeamter geplant. Der Vorschlag geht von Bayern aus. Bayern will seine laufenden Verwaltungsgesetze durch das Landesbahngesetz ersetzen. Die Landesbahnbeamter sollen die Verwaltung leiten unter Aufsicht des Reichsverkehrsministeriums. Bezüglich der Aufwandssumme wurde in Aussicht gestellt, daß 15 Milliarden auf Preußen entfallen sollen. Die Wasserstraßen können nicht so schnell auf das Reich übertragen werden, sie bleiben vorläufig Sache der Länder.

**Beabsichtigte Einziehung der Steuer.**

Berlin, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Im Reichsfinanzministerium fanden gestern Besprechungen unter Vorsitz des Reichsfinanzministers über die Frage des Abbaues der schwelenden Reichsschuld statt. Wie wir erfahren, sind die Verhandlungen bisher zu einem Abschluß noch nicht gelangt. Sie dürften bis Ende der Woche fort dauern. Klarheit herrscht darüber, daß eine neue Anleihepolitik eingeschlagen werden müsse, ferner sollen Maßnahmen zur beschleunigten Einziehung der Steuern getroffen werden.

**Badischer Landtag.**

18. öffentliche Sitzung.

(Karlruhe, 18. Febr. 1920.)

Am 8.30 Uhr eröffnete Präsident Kopf die Sitzung und gedachte der Bekämpfung der Auslieferungslinie durch die Entente.

Seit der letzten Sitzung hat sich ein Ereignis vollzogen, das in dem ganzen deutschen Volk Widerhall hat. Unter Hinweis auf den Friedensvertrag ist der deutschen Regierung zugunsten worden, 500 deutsche Staatsbürger an die Entente auszuliefern, um sie von der Entente abzurufen zu lassen. Die Reichsregierung hat dieses Verlangen abgelehnt und darauf hingewiesen, daß es ihr unmöglich ist, das Verlangen durchzuführen. Die deutschen Volksparteien haben sich hinter die Reichsregierung gestellt. Die Entente hat den Entschluß der Vernunft nachgegeben. Der parlamentarischen Forderung ist damit die Materie entzogen. Die deutschen Bürger, denen Kriegsverbrechen vorgeworfen werden, sollen vom deutschen Reich und dem deutschen Gesetz abgerückt werden. Aber ich erlaube es doch als unsere Pflicht feierlich zu erklären, daß wir in der Frage ebenfalls auf dem Boden der Reichsregierung stehen und daß wir die Reichsregierung darauf wissen lassen, daß wir ihr unerschütterlich zur Seite stehen. Wir haben den Krieg verloren. Wir haben Ansehen eingebüßt. Wir sind arm geworden, aber eins haben wir doch noch nicht verloren, unsere Ehre. Diese zu wahren, wird auch in Zukunft die Aufgabe des Deutschen Volkes sein. (Weiß.) Darauf verlas der Präsident die zahlreichen Eingänge.

Präsident Kopf erklärte, die neuen Abgeordneten zur nächsten Landtagssitzung einladen zu wollen. Wann wurde in die Tagesordnung eingetragen, die Beratung des Gesetzentwurfes über die Wahlordnung und den Wahlstarif. Für den Wahlstarif erklärte Abg. Seubert (Str.) den Bericht und stellte den Antrag auf Genehmigung des Gesetzentwurfes und Erklärung des Gesetzentwurfes für dringend. Die Preis für die zweite Beratung soll auf einen Tag festgelegt werden. Die Anträge des Ausschusses werden ohne Aussprache einstimmig angenommen.

Darauf begann das Haus mit der Beratung des 7. Nachtrages zum Staatshaushalt für 1918/19. Minister Dr. Birck führte aus: Das oben verabschiedete Gesetz steht im Zusammenhang mit dem 7. Nachtrag. Ich hoffe, daß die Herren den Abteilungen des 7. Nachtrages ihre Zustimmung erteilen. Der Regierung liegt die Verabschiedung des 7. Nachtrages am Herzen. Ein früherer Minister, der eine Vereinfachung der Gehaltsklasse K 3 abgeschlossen hätte, hätte Aussicht gehabt, daß ein derartiges auf seinen Beamteneinstellen gescheit werde. Wir sind der Meinung, daß das sehr Jahre zu spät kommt. Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob es notwendig ist, daß ein solcher 7. Nachtrag eingebracht wurde. Die Beamten wären beunruhigt gewesen, wenn wir den Nachtrag nicht eingebracht hätten. Während des Krieges sind den Abgeordneten von Eisenbahnbeamten zahlreiche Beschwerden zugegangen, daß sie hinter den Rücken zurückziehen. Vor der Vereinfachung muß darum eine Anleihe... der Gehälter der badischen Beamten an die der preussischen Beamten erfolgen. Der 7. Nachtrag ist im Einklang mit den Organisationen der Beamten aufgestellt worden. Die Wünsche der Organisationskommissionen nicht zeitlos befriedigt werden. Sie haben sich erklärt, das ginge gegen die Vereinbarung, daß für die Betriebsbevollmächtigten eine Beförderung im Nachtragsgesetz erfolgt ist. Die Verbände haben dagegen Einspruch erhoben. Die Oberbeamten werden gegen den Nachtragsgesetz Einspruch erheben, weil sie nicht so berücksichtigt werden, wie es ursprünglich geplant war. Wenn wir für die gesamte Beamtenschaft ein derartiges Nachtragsbudget vorlegen wollten, wie für die Eisenbahnbeamten, würden wir an Wingenen noch vier Millionen. Die Eisenbahner marschieren voran, es soll dies ein kleiner Ausgleich sein für den Nachdienst währ. des Krieges. Wäre ein wenig an Bayern haben ähnliche Maßnahmen wie wir ergreifen. Im übrigen haben wir für die Beamten das Wichtigste getan.

Ich habe die Ehre, dem Präsidenten des Landtages den 8. Nachtrag zum Staatshaushalt für 1918/19 zu überreichen. (Abg. Dr. Schöfer: Jetzt ist das Budget bald voll.) Der achte Nachtrag enthält die Auswirkungen des neuen Tarifes für die Staatsarbeiter und Beamten. Der Beamtenebund hat sich mit der Vorlage einverstanden erklärt. Die Regierung schließt vor, für das erste Vierteljahr 1920 für die Verheirateten eine Monatszulage von 800 Mark, für die Ledigen von 250 Mark auszugeben, dazu die Kinderzulagen. Ich bedaure, daß ich nicht in der Lage bin, Ihnen Veränderungen für das ganze Jahr zu geben. Die Konsequenzen der Besoldungsreform müssen wir im März ziehen. Es ist mir in Verhandlungen gesagt worden, daß ich zu wenig die Feuerungszulage begründe. Wir haben eine oppositionelle Gruppe beauftragt, die (Abg. Hertle: Welche die auch nicht.) Der verabschiedet wird. (Abg. Hertle: Welche die auch nicht.) Der Redner kritisierte die Beamteneinstellung der Deutschnationalen. Wir haben die Beratungen mit den Arbeitern abgeschlossen. Ich bin gespannt, wie lange die Abmachungen gehalten werden. Die Einkommungen, die ich im badischen Lande in der Bauernschaft vor sich gehen, werden wir im März in Form höherer Lohnforderungen zu spüren bekommen. Wenn eine Reaktion sich hinter die Ausführungen stellen würde, die in einer Versammlung im Glottertal erhoben wurden (wo die Sozialdemokraten Dime und Abg. Reichlich für die Weltmarktpreise eingetreten sind. D. Red.) dann würde es jedem Finanzminister grau vor den Augen werden. (Jurke und Deisterle im Zentrum.) Der Minister verlas einen Bericht über die Versammlung mit einer Rede Reichlich aus dem Landwirt und über fort die Forderungen, die Sie (zu Reichlich) im Glottertal ausgesprochen haben, waren das Ende des gegenwärtigen Weltkrisens. Redner, der den Bergbau betriebe jetzt bekämpft, war bisher einer der Hauptredner. Den Bergbau können wir nicht besorgen. Wir müssen finden, nicht den Wogen im Rücken zu bringen, sondern ihn im Rücken zu halten. Sonst kommen wir ins Chaos. Der Staat kann seine Arbeiter nicht einlösen wie die Privatindustrie; es werden dort jetzt 1000000 von 7 Mark pro Stunde bezahlt. Bei der Verdienstlose können auch Mühsalge eintreten, die werden dann die Eisenbahnarbeiter auch nicht wollen. Die Staatsarbeiter haben auch Verzweiflung, die andere nicht haben. In diesen Verhandlungen der Parteien usw. Der neue Lohnstarif soll wieder mit logischem Geiste erklärt werden. Eine Verkürzung der Arbeitszeit unter acht Stunden ist nicht möglich.

Der 8. Nachtrag enthält eine Reorganisation der Zeugungsbezüge der Staatseisenbahnen und Unternehmungen. In der allgemeinen Staatsverwaltung beträgt der Rechnungsbetrag 29 Millionen Mark, für die Eisenbahnverwaltung 84 Millionen Mark, also 113 Millionen Mark zusammen für das erste Vierteljahr. Sie werden fragen: Ist dafür Bedeckung vorhanden? Was

für die Eisenbahn notwendig ist, muß durch Anleihe gedeckt werden. Die Kosten der allgemeinen Staatsverwaltung mit 29 Millionen Mark werden auch in der neuen Budgetperiode 1920/21 weitergehen. Dafür ist keine Bedeckung vorhanden. Für das neue Budget ist nur eines sicher: Die Unübersicht. Das Budget der Steuer, das wir im vorigen Jahre gemacht haben, können wir in diesem Jahre nicht mehr durchführen. Für die Durchführung der Reichsbekleidungsordnung fehlt uns jede Bedeckungsmöglichkeit. Ich habe uns an das Reich gewandt, daß es uns die Gelder zuweist, damit wir die Reichsbekleidungsordnung durchführen können. Im Reichsfinanzministerium hat man bisher kein Verlangen dafür gezeigt.

Die Lage der badischen Eisenbahnen vom 1. Jan. 1919 bis Ende März 1920 stellt sich folgendermaßen dar: Im Betriebsbudget Einnahmen 307 Mill., Ausgaben 334 Mill., also ein Betriebsdefizit von 27 Millionen Mark, im Gesamtbudget 30,9 Mill. Mark in Ausgabe, 1,4 Millionen Mark in Einnahme. Der Gesamtbetrag wird sich auf 32,3 Millionen Mark belaufen. Die Schuldenzinsen und der Schuldendienst zusammen 370 Millionen Mark. Die Schuld der Eisenbahnen hat sich bis Ende März 1920 auf 870 Millionen Mark erhöht.

Den Tag, an dem die Intervention über die Korruption auf den Bahnen beraten wird, werde ich berichten. Was sich an Einnahmen in das neue Jahr hindrückt, gibt uns die Möglichkeit, daß wir — mit Ausnahme der Eisenbahnen — den 7. und 8. Nachtrag durch führen können.

Wir werden im Rahmen des Bundeshaushaltgesetzes Ertragssteuern erheben. Die Vorlage darüber wird dem Landtag feinerzeit zugehen. Nach hier war es mir aus nach der Rede freizulassen. Vor dem Kontrakt stehen wir nicht. Mit dem Landtag, den Parteien, der Regierung und dem Abg. Hertle werden wir unsere Finanzen in Ordnung halten können. (Beifall.)

Abg. Mayer-Karlsruhe (D. R.): Minister Birck hat sich über den Abg. Hertle beschwert, weil ihm dessen Anwesenheit in Baden unangenehm war. Der Birck hat auch eine Stelle eines Kritikers von mir aus der "Süddeutschen Zeitung" mit den darin befindlichen Druckziffern und einigen eigenen Beisätzen vorgelesen. Ihre Angriffe, Herr Minister, sollen Ihnen nur dazu dienen, Ihre Verleumdung zu bekräftigen. In dem in seiner Rede hat der Minister gar nichts besonderes vorgetragen, das meine Rede auch einer seiner Reden vorzuziehen können, das andere war Gerede.

Präsident Kopf wies den Ausdruck Gerede als unparlamentarisch zurück.

Abg. Hertle (D. R.): Wenn wir uns bei der Abstimmung über die Vorwürfe an die Beamten der Entente enthalten haben, ist es, weil der Finanzminister es so befiehlt hat.

Minister Dr. Birck wandte sich gegen die Abg. Hertle und Mayer.

Abg. Mayer-Karlsruhe (D. R.): Ich muß den Minister bitten, sich zu gedulden, bis wir das Wort in der Aussprache ergreifen können.

Abg. Dr. Schöfer (Str.): Wir haben keine Mittel und auch nicht die Absicht, die deutschnationalen Partei zu verarmen. Eine Aussprache über die Finanzlage findet auf unsere Verantwortung statt. Bei unserer Finanzlage haben wir in Baden keine Mittelverfügung. Dafür nehmen wir Nationalsozialisten das Wort in Anspruch. Ich hoffe, daß die Ausführungen des Abg. Mayer eine momentane Entlassung waren.

Abg. Mayer-Karlsruhe (D. R.): Ich habe gar nicht die Absicht, mich gegen die Praxis des Senatoren-Konvents zu wenden. Ich war aber veranlaßt, auf die Angriffe des Finanzministers zu erwidern.

Abg. Seubert (Str.) berichtete über die Verteilungen 7 und 7a des Rohtrags (Berichtsanstalten und Eisenbahnbau). Die Ausgaben betragen 6.205.250 M. Der Berichterstatter beantragte die Annahme der Vorberichterung.

Abg. Müller-Karlsruhe (Str.) begrüßt die Befreiung der Gehaltsklasse K 3. Er verlangt für einige Beamteneinstellungen Befreiungen, ebenso für die Eisenbahnen. Er ist der Meinung, daß im Frühe badische Beamten längerer preussischer Beamten unterstellt waren, weil die preussischen Beamten früher angestellt worden waren.

Abg. Aletg (Eog.) brachte ebenfalls Eisenbahnerwünsche vor. Abg. Aletg (Eog.): Es ist erfreulich, daß vor der Vereinfachung der Eisenbahnen die Forderungen der Beamtenschaft bekräftigt werden. Alle Wünsche konnten nicht erfüllt werden. Wir hoffen, mit der heutigen Annahme etwas Wohl der Beamtenschaft getan zu haben.

Abg. Wolf (Str.): Die Dringlichkeit der Umbauarbeiten am Personenbahnhof in Freiburg kann ich bestätigen. Für den Südlinger Stadtteil sollte man aber einen besonderen Eingang oder Unterführung machen.

Abg. Mayer-Karlsruhe (D. R.): Auch wir betrachten es, daß den Interessen Rechnung getragen wird, in der Weise, wie es durch den Etat geschieht. Eine gewisse Verteilung der Summen ist nicht über die Art der Verteilung der Summen sehr erleichtert worden. Sie wünschen eine Besserung.

Abg. Mayer (D. R.) brachte Wünsche der Magazinmeister vor.

Regierungsrat Reckanus teilt mit, daß im Budget für 1920 bereits eine Besserstellung für die Magazinmeister vorgesehen ist.

Damit wurde die allgemeine Aussprache geschlossen.

In der Einzelaussprache sprach Abg. Schöfer (Dem.) seinen Dank dafür aus, daß die Eisenbahnen der Arbeiter sehr in den Besitz der Beschäftigten übergeben werden. Der Schaden, der durch den Streik entstanden sei, sei größer, als die Summen, die hier gefordert werden (320.000 M.). Wenn es wahr ist, daß die Badische Lokalbahn-Gesellschaft wegen des Streiks Maßnahmen auf der Albtalbahn vornehme, ist das ein schlechter Dank an den Landtag.

Minister Dr. Birck: Der Streik auf der Albtalbahn war unnötig. Er hat weder der Regierung noch dem Landtag imponiert. Wir haben die Forderungen bewilligt ohne den Streik, weil sie notwendig waren.

Darauf wurden die Anträge des Ausschusses einstimmig angenommen.

Minister Dr. Birck hat die Behandlung des 8. Nachtrages schon vorgenommen, ehe der 7. Nachtrag erledigt ist. Damit sein neuer Vorschlag notwendig wird. Der 8. Nachtrag wurde dem Hausaltersausschuss zugewiesen. Dem Landtag ging während der Sitzung eine förmliche Anfrage der Abg. Kleiser und Gen. (Str.) wegen Zuständen in Glotterthal zu.

Hier wurde abgebrochen.

Nächste Sitzung morgen vormittag 9 Uhr. Tagesordnung: Förmliche Anfragen und Beschlüsse. Schluß der Sitzung 7 Uhr.

**Neue Gesetzentwürfe im badischen Landtag.**

Karlruhe, 18. Febr. Im badischen Landtag sind gestern mehrere neue Gesetzentwürfe zur Beratung gekommen. Zwei dieser Gesetzentwürfe betreffen die der Angehörigen der 7. und 8. Klasse. Zunächst liegt eine Veränderung des Landesgesetzes vor, um im engen Zusammenhang damit steht der Entwurf eines Gesetzes über die Abänderung des Besoldungsgesetzes, in dem die Lohn für die Ausführung von Aufgaben erhöht werden, und zwar für Landesbeamte an Stellen von 30 auf 100 M. und für Landesbeamte von 100 auf 150 M. für Landesbeamte von 150 auf 200 M. und für die Ausführung von Aufgaben von 20 auf 25 M. Diese beiden Gesetzentwürfe betreffen die Erhöhung der Besoldungen von 20 die Ausführung der Aufgaben, die bisher eine Gehaltsklasse bis 100 M. verlangten, durch ein umfängliches. Die Gehälter sollen deshalb künftig von 100 bis 200 M. betragen in 10 Klassen, wenn jemand ein Gehalt von 100 M. erhält, er erhält ein Gehalt von 150 M. und ein Gehalt von 200 M. erhält ein Gehalt von 250 M. Diese beiden Gesetzentwürfe betreffen die Erhöhung der Besoldungen von 20 die Ausführung der Aufgaben, die bisher eine Gehaltsklasse bis 100 M. verlangten, durch ein umfängliches. Die Gehälter sollen deshalb künftig von 100 bis 200 M. betragen in 10 Klassen, wenn jemand ein Gehalt von 100 M. erhält, er erhält ein Gehalt von 150 M. und ein Gehalt von 200 M. erhält ein Gehalt von 250 M.

Ein dritter Gesetzentwurf behandelt die Veränderung der Erbschaften und Landesbesitzverhältnisse. Es handelt sich dabei um, darum, daß für die Waisen die einzelnen Waisen und Landesbesitzverhältnisse auch Erbverteilung und Waisenfürsorge auf das weltliche Geschäft ausdehnen können und das Waisenamt auf 20 Jahre befristet werden können. Ferner legt der Gesetzentwurf den Steuerfuß für die Erbschaftsteuer fest.

Aus Stadt und Land.

Zeitaufwandsentschädigung der Stadträte.

Der Bürgerausschuß hat in seiner am letzten Freitag abgehaltenen Sitzung mit allen gegen 7 Stimmen (Deutschnationaler und Deutschliberaler) beschlossen, denjenigen ehrenamtlichen Mitgliedern des Stadtrates, die neben den allgemeinen Obliegenheiten auch das Amt eines Vizepräsidenten übernehmen, die Jahresentschädigung für Zeitaufwand von 1600 auf 2000 Mark zu erhöhen.

Ich habe im Namen meiner Partei zu erklären, daß wir gegen diese Vorlage stimmen werden, und zwar aus folgenden Gründen: Zunächst besteht es aus unangenehm, daß wir hier wieder vor eine vollstehende Ladung gestellt werden und nur als Beiliegungsmaßnahme für die erforderlichen Mittel herbeigeholt werden sollen.

Und nun die Hauptsache: die inneren Reibungen, die durch diese Einrichtung unvermeidlich entstehen. Amtsvorstand und Vizepräsident werden sich gegenüber bekämpfen. Wenn die Amtsvorstandshandlungen den Vizepräsidenten nicht beliebt werden können, wird er dies als bösen Willen ansehen.

Nun die juristische und strafrechtliche Verantwortung. Die juristische Verantwortung kann der Stadtrat dem Amtsvorstand abgeben, die strafrechtliche nicht, darüber liegen Reichsgerichtsentscheidungen vor.

Abgeben von den direkten Ausgaben, die durch diese Einrichtung entstehen, werden der Stadtgemeinde und mühen den Steuerzahler ganz bedeutende indirekte Verluste entstehen.

Aus dem Mannheimer Kunstleben.

(Stenografie, Vortrag des Professors Dr. Grube über Anwendung der Stenografie auf die Kulturwissenschaften.) Die gegenwärtige Theorie über den Ursprung der Schrift ist eine Anzahl von Kulturgeschichtlichen, aber auch von Sprachwissenschaftlichen, über die Begriffe der Schrift, über die Schriftgüter, über die Schriftgüterherkunft und die Schriftgüterherkunft.

(Theaternotizen.) Die Proben zu der Tragödie 'Der Jakob' von Hermann von Voeltzinger sind unter Leitung von Fritz Hübner so weit vorgeschritten, daß die Aufführung am Montag nächster Woche stattfinden wird.

(Clara Bohle - Otto Spamer.) Zweiter Kammermusikabend. Umfassen wir uns mit den zweiten Kammermusikabend, welchen Clara Bohle und Otto Spamer heute Donnerstagabend im Musiksaal, Berlin hat 8 Uhr veranstaltet.

legt im Interesse des Staates selbst, denn durch noch weiteren Ausbau des Zentralrats, an Stelle einer Einseitigkeit der Bedeutung, liegt das Aufheben der Zentralverwaltung, und wir sind uns doch darin einig, daß wir es haben wollen.

Derzeit wurden Finanzsekretär Emil Hoffmann in Stuttgart nach Greinacherhorn, Kassantent Bernhard Heiser in Wertheim zum Hauptkassierer, Kassenwart Johann Schneider in Mannheim zur Buchprüfungsstelle des Landesfinanzamts Karlsruhe, sowie die Eisenbahnsekretäre Karl Treumer in Heidelberg nach Karlsruhe, Hugo Eißner in Haag nach Donaueschingen, Franz Schwarz in Malch nach Karlsruhe, Emil Kiehl in Oppenweiler nach Rehl, Robert Kaufmeyer in Biorch in nach Karlsruhe, Edmund Schlotter in Penzlin nach Bielefeld, Wilhelm Weinmann in Tanderbüsch nach Lauda, Karl Kübler in Tribra nach Badol und Wilhelm Haus in Freiburg nach Karlsruhe.

Der diesjährige Sommerplan wird statt am 1. Mai erst zum 1. Juni eingeführt werden. Die Einschränkungen des Besonnenen werden an den Sonn- und Feiertagen im kommenden Sommer noch beschaffen werden.

Die Reichzentrale für Einwohnerwehren teilt mit: Das Reichsministerium des Innern hat im Zusammenhange mit dem Reichsfinanzministerium die Genehmigung zur Errichtung einer Reichsvereinsorganisation für Einwohnerwehren erteilt.

Die letzten Schranken für den Verkehr auf der Rheinfähre sind jetzt gefallen. Gestern wurden die Waggons der französischen Posten und die Stadtdrahtvorrichtungen entfernt.

Der Wettbewerb Schokolade und Waffeln. Als die Verfasser der beiden nachträglich am Stadtrat zum Preise von je 1000 angekauften Entwürfe 'Rhythmus II' und 'Form und Farbe' wurden feststellt: Regierungsratmeister Hr. Schröde in Mannheim-Heidelberg, Architekt C. W. Schild in Hannover.

Die Grippe durchzieht wieder das deutsche Vaterland. Bei der immer mehr zunehmenden Untererdrückung der Krankheit überliefen zahlreich Opfer. Auch bei uns ist bereits manches Menschenleben ins Grab gelangt.

Die Grippe durchzieht wieder das deutsche Vaterland. Bei der immer mehr zunehmenden Untererdrückung der Krankheit überliefen zahlreich Opfer. Auch bei uns ist bereits manches Menschenleben ins Grab gelangt.

(Theaternotizen.) Die Proben zu der Tragödie 'Der Jakob' von Hermann von Voeltzinger sind unter Leitung von Fritz Hübner so weit vorgeschritten, daß die Aufführung am Montag nächster Woche stattfinden wird.

(Clara Bohle - Otto Spamer.) Zweiter Kammermusikabend. Umfassen wir uns mit den zweiten Kammermusikabend, welchen Clara Bohle und Otto Spamer heute Donnerstagabend im Musiksaal, Berlin hat 8 Uhr veranstaltet.

(Theaterkassennotizen.) Der Vorverkauf hat bereits begonnen. Die Vorstellung des am Sonntag wieder in den Spielplan aufgenommenen Dramas 'Die Menschenkinder' von H. v. Dehmel ist in den Doppelepisoden die gleiche wie die der Aufführung im September 1918.

(Clara Bohle - Otto Spamer.) Zweiter Kammermusikabend. Umfassen wir uns mit den zweiten Kammermusikabend, welchen Clara Bohle und Otto Spamer heute Donnerstagabend im Musiksaal, Berlin hat 8 Uhr veranstaltet.

schwersten Fälle behandelt werden. Die Uebertragung der Grippe erfolgt durch die Luft mittels eines sehr feinsten Narkotagiums; wahrscheinlich werden die Grippekranken nur in den ersten Tagen der Erkrankung an zu einer Zeit, in der sie noch nicht das Krankenhaus ausgeht haben.

Die Notwendigkeiten der Getreideablieferung. Ein amtlicher Artikel der 'Karlshuber Zig' befaßt sich nochmals mit den Getreideablieferungen in den selbstwirtschaftlichen Kommunen.

Table with 2 columns: National-Theater and Neues Theater. It lists plays and performance dates.

Vergnügungen. Städtische Konzerte im Hofgarten. Die 'Reibekorn', ein humoristischer Lustspiel des Mannheimer Komponisten Paul Fischler, dessen Operette 'Der Millionär' bereits eine Reihe erfolgreicher Aufführungen hinter sich hat, ist vom Komponisten für die städtischen Konzerte im Hofgarten überlassen worden.

Mannheimer Strafkammer. Strafkammer I. Vorl. Landgericht Dr. Dr. Bendix. Auf der Landgerichtsstraße beim Bohlen 2 in der Wertheimerstraße pflanzte der Goldarbeiter Theodor A. im Oktober vor. In einige Monate, wurde ihm drei silberne Uhren, feiner Unterleinen, Goldschmuck, Kosmetik und eine Menge Geldes entwendet.

Aus Ludwigshafen. Oberbürgermeister Strobel geht nicht nach Ludwigshafen. Wie bekannt, war dem Bismarcker Oberbürgermeister Strobel der demnächst freizuwählende Oberbürgermeisterposten in Ludwigshafen angeboten worden.

Aus dem Lande. Heidelberg, 18. Febr. Beim Feldmarschall der Kinder sollte der 8. Jahre alte Valentin Heller in der Nachbarnstraße den Knallknall eines anderen Jungen ausweichen und trat rückwärts vom Gehweg herunter.

Wiesloch, 17. Febr. In letzter Zeit war in der Lederfabrik Badenia zweimal einbrochen worden und Leder im Werte von etwa 8-10 000 Mark entfallen worden.

Wiesloch, 17. Febr. In letzter Zeit war in der Lederfabrik Badenia zweimal einbrochen worden und Leder im Werte von etwa 8-10 000 Mark entfallen worden.

Wiesloch, 17. Febr. In letzter Zeit war in der Lederfabrik Badenia zweimal einbrochen worden und Leder im Werte von etwa 8-10 000 Mark entfallen worden.

Wiesloch, 17. Febr. In letzter Zeit war in der Lederfabrik Badenia zweimal einbrochen worden und Leder im Werte von etwa 8-10 000 Mark entfallen worden.

Wiesloch, 17. Febr. In letzter Zeit war in der Lederfabrik Badenia zweimal einbrochen worden und Leder im Werte von etwa 8-10 000 Mark entfallen worden.

Wiesloch, 17. Febr. In letzter Zeit war in der Lederfabrik Badenia zweimal einbrochen worden und Leder im Werte von etwa 8-10 000 Mark entfallen worden.





